

Stadt Miesbach



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 20.02.2025 17:00 – 19:25 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller

Stadträte

Stadtrat Markus Baumgartner
Stadtrat Stefan Baumgartner
Stadtrat Paul Fertl
Stadträtin Malin Friese
Stadtrat Alois Fuchs
Stadtrat Stefan Griesbeck
Stadträtin Astrid Güldner
Stadträtin Inge Jooß
Stadtrat Andreas Lechner
Stadtrat Michael Lechner
Stadträtin Ursula Lex
Stadtrat Franz Mayer
Stadtrat Alfred Mittermaier
Stadtrat Christian Mittermaier
Stadtrat Erhard Pohl
Stadtrat Andreas Reischl
Stadtrat Florian Ruml (Zugang bei Top 2)
Stadtrat Markus Seemüller
Stadträtin Petra Six
Stadtrat Dirk Thelemann

Es fehlte entschuldigt:

Stadträtin Aline Brunner
Stadtrat Manfred Burger
Stadträtin Hedwig Schmid
Stadträtin Marie-Christine van Walbeek

Es fehlte unentschuldigt:

Schriftführer:

Führer Gerhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
- 1.1. Bekanntgabe - Arbeitskreis Marktplatz;
Benennung von Teilnehmern
- 1.2. Bekanntgabe - Müllcontainerstandplätze
2. Konzeptionelle Vorstellung eines Parkleitsystems für Miesbach;
weiteres Vorgehen
3. Umbau Freibad Miesbach;
Bestandsgebäude, Zutrittskontrolle, Außenanlagen, Kostenstand;
weiteres Vorgehen
4. Grundschule Miesbach, Fenstertausch Ostseite;
Ermächtigung des 1. Bürgermeister zur Auftragsvergabe
5. Antrag von Stadtratsmitglied Seemüller auf Beschlussfassung in Sachen "Wasserstreit
mit der Landeshauptstadt München";
weiteres Vorgehen
6. Vollzug des Bayer. Feuerwehrgesetzes; Wahl des Kommandanten und des
Kommandanten-Stellvertreters bei der Freiwilligen Feuerwehr Miesbach;
Bestätigung durch den Stadtrat
7. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates
8. Unvorhergesehenes
- 8.1. Unvorhergesehenes - Müllcontainer
- 8.2. Unvorhergesehenes - Gehweg Gymnasiumturnhalle
- 8.3. Unvorhergesehenes - Grundschule Miesbach
- 8.4. Unvorhergesehenes - Tontechnikerhäuschen Waitzinger-Park

1. Bekanntgaben

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Bestehen Einwände gegen die Tagesordnung? Dies ist nicht der Fall.

Die Stadtratsmitglieder Brunner, Burger, Schmid und van Walbeek sind für die heutige Sitzung entschuldigt.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 23.01.2025 wurde im Ratsinformationssystem (RIS) unter „Allgemeine Informationen“ am 10.02.2025 bereitgestellt. Sollte dem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 23.01.2025 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt diese im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Tischvorlage:

Als Tischvorlage liegt dem Stadtrat die Einladung der Freiwilligen Feuerwehr Wies zur Jahreshauptversammlung für Samstag, den 08.03.2025, um 19:30 Uhr, im Stüberl des Feuerwehrhauses Wies, vor.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner, Ruml

1.1. Bekanntgabe - Arbeitskreis Marktplatz; Benennung von Teilnehmern

Der Stadtentwicklungsausschuss hatte am 13.02.2025 beschlossen, einen Arbeitskreis mit Vorsitz des Ersten Bürgermeisters zur Erarbeitung einer Feinuntersuchung als Schaffung der Grundlagen für eine Objektplanung der Neugestaltung des Marktplatzes zu installieren. Die Fraktionen werden gebeten bis zur Stadtratssitzung am 20. März je einen Teilnehmer aus ihren Reihen für den Arbeitskreis zu benennen. Zudem sollen die zweite Bürgermeisterin und der dritte Bürgermeister sowie der Mobilitätsreferent und der Wirtschaftsreferent dem Arbeitskreis angehören.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner, Ruml

1.2. Bekanntgabe - Müllcontainerstandplätze

In der letzten Stadtratssitzung merkte Stadträtin Schmid an, dass die Müllcontainerstandplätze derzeit immer verdreckt sind. Um dies zu vermeiden, müssten die Container öfter geleert werden. Sie bittet diesbezüglich mit der VIVO zu sprechen, ob der Zyklus verkürzt werden könnte.

Zwischen der Stadt Miesbach und der VIVO besteht seit dem Jahr 1996 ein Vertrag über diese Containerstandplätze. Darin sind Aufgaben der VIVO und der Stadt Miesbach definiert.

Die VIVO sorgt dafür, dass die Container rechtzeitig geleert werden. Neben den Containern abgestellte Wertstoffe werden mitentsorgt.

Die Stadt Miesbach übernimmt die Reinigung der Containerstandplätze. Dazu gehört auch die Entsorgung rechtswidrig abgelagerter, nicht verwertbarer Abfälle.

Der Bauhof überprüft die Containerstandplätze wöchentlich. Bei Bedarf werden die Standplätze in Absprache mit der VIVO gereinigt. Dies geschieht von Seiten der VIVO als auch von Seiten der Stadt durch den Bauhof.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner, Ruml

2. Konzeptionelle Vorstellung eines Parkleitsystems für Miesbach; weiteres Vorgehen

Herr Dr. Schwarz von der Fa. BERNARD Gruppe ZT GmbH hat sich hinsichtlich der Möglichkeiten eines Parkleitsystems bereits mit der Situation und den Stellplätzen in Miesbach vertraut gemacht und stellt anhand einer Präsentation die Optionen und technischen Einzelheiten eines möglichen Parkleitsystems für Miesbach vor.

Dabei hat er sich zunächst auf die größeren Parkplätze in Miesbach (Oberlandcenter, Eishalle, Marktplatz, Habererplatz, Badstraße und Volksfestwiese – Erweiterung auf weitere Bereiche möglich) konzentriert und stellt die Möglichkeiten einer kameragestützten Live-Parkraumerfassung abhängig von der Örtlichkeit als Einzelstellplatzerfassung oder Bilanzierungserfassung unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben vor. Für die Beschilderung wären Voll-LED-Anzeigen oder RGB-Module denkbar – Vor- und Nachteile werden aufgezeigt und Angaben zu möglichen Kosten gemacht, die natürlich abhängig sind von Art und Umfang des Ausbaus, aber für eine Summe von ca. 100.000,-- bis 250.000,-- € wäre durchaus die Möglichkeit gegeben, in Miesbach etwas Zielführendes aufzubauen. Die jährlichen Betriebskosten belaufen sich je nach Ausstattung auf ca. 10.000 bis 12.000,-- €.

2024 gab es spezielle Fördermöglichkeiten des Bundes für Parkleitsysteme in Kommunen, über die Regionalentwicklung hatte die Stadt damals fristgerecht eine entsprechende Projektskizze eingereicht, kam aber leider nicht zum Zug. Eventuell wären aktuelle Förderungen des Freistaates nach dem BayGvfG möglich.

Mit dem Vorsitzenden der GWM, Herrn Bayerschmidt, wurde das Vorhaben bereits besprochen und stieß auf positive Resonanz.

Dem Stadtentwicklungsausschuss wurde das Konzept bereits am 11.07.2024 vorgestellt. Die Reaktionen im Ausschuss waren geteilt, aber man war sich einig, dass ein derartiges System für Miesbach eine vor allem im Hinblick auf die Wirtschaftsförderung und Lebensqualität (verminderter Parksuchverkehr) eine Investition in die Zukunft wäre.

Der Erste Bürgermeister erläutert, im Zusammenhang mit Veränderungen am Marktplatz habe er über ein Parkdeck nachgedacht, doch schoben sich dann andere Projekte in den Vordergrund, eine gewisse Zäsur brachte zudem die Pandemie, in der sich die Parkproblematik etwas gewandelt habe. Mit Blick auf die Untersuchungen von GEVAS stehe eigentlich fest, dass die Anzahl der Stellplätze in der Innenstadt ausreichend sei, doch sieht er in einem Parkleitsystem ein großes Potential für eine intelligente Verkehrslenkung.

Herr Dr. Schwarz verweist darauf, dass in vielen Städten der Parksuchverkehr etwa 20 bis 40 % des Gesamtverkehrs ausmache und daher eine Reduzierung durch ein Parkleitsystem zahlreiche positive Effekte habe. Da es sich um ein modulares System handle könne jederzeit erweitert werde, was sowohl bzgl. der Parkplätze, als auch bzgl. der Beschilderung gelte. Seine Empfehlung gehe in Richtung Vollmatrix-Anzeigen an den Ortseingängen und RGB-Anzeigen innerorts, so könne man ein sinnvolles System mit gutem Preis-Leistungsverhältnis aufbauen.

Stadtratsmitglied Seemüller hinterfragt, ob es derartige Systeme in größenordnungsmäßig vergleichbaren Gemeinden gäbe und möchte den Beschlussvorschlag im Hinblick auf den kommenden AK Marktplatz und die Überlegungen hierzu ergänzt haben. Der ergänzende Antrag stieß teils auf Unverständnis, da es um eine Selbstverständlichkeit gehe und zudem das System modular aufgebaut und flexibel wäre.

Mobilitätsreferent Ruml meint, ein derartiges System für Miesbach sei sinnvoll, wenn auch nicht zwingend erforderlich, er unterstütze es aber im Hinblick auf die Gewerbetreibenden und insbesondere den Einzelhandel. Dem schlossen sich eine Reihe von Stadtratsmitgliedern an, lediglich Stadtratsmitglied Lechner zeigte sich wenig angetan von dem Gedanken. Er verweist zum einen auf die Kosten, dass viele Stellplätze bei der Verwinkeltheit der Stadt eben nicht erfasst werden und man doch eher darauf achten sollte, dass man den Parkplatzsuchenden auf die Waitzinger Wiese leitet und nicht in die Innenstadt.

Beschluss 1:

Der Stadtrat stellt fest, dass der Aufbau eines Parkleitsystems für Miesbach eine sinnvolle und zukunftssträchtige Investition wäre und beauftragt den Ersten Bürgermeister, weitere Schritte zur Eruierung eines konkreten Angebots auf Basis einer abgestimmten Planung im Rahmen der im Haushalt geplanten Mittel in die Wege zu leiten, um eine Entscheidungsgrundlage für die Ausführung zu haben.

Abstimmungsergebnis: 20 / 1

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

Beschluss 2:

Das Thema Parkleitsystem wird im zu bildenden Arbeitskreis Marktplatz behandelt, mit dem Ziel, dass eine Gesamtlösung unter Einbeziehung der Erkenntnisse am Marktplatz erarbeitet wird.

Abstimmungsergebnis: 4 / 17

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

3. Umbau Freibad Miesbach; Bestandsgebäude, Zutrittskontrolle, Außenanlagen, Kostenstand; weiteres Vorgehen

Im „Arbeitskreis Warmfreibad“ wurde am Donnerstag, den 6. Februar 2025, der aktuelle Planungsstand sowie die neuesten Kostenentwicklungen für den Umbau des Freibads Miesbach vorgestellt. Zudem wurden wichtige Details zu verschiedenen Aspekten der Modernisierung erörtert und Lösungen erarbeitet. Das Bestandsgebäude war im bisherigen Planungsumfang nicht enthalten. Aufgrund der neu geschaffenen Eingangssituation über die Nordseite des Bestandsgebäudes mussten grundlegende Entscheidungen zur weiteren Raumeinteilung im Gebäude getroffen werden. Daraufhin erstellte das Architekturbüro Krautloher eine Werkplanung, welche sich auf einen bestimmten Bereich des Bestandsgebäudes konzentriert. Der Eingriff in den Bestand wird so gering wie notwendig gehalten.

Neuzuordnung der Räume im Bestandsgebäude

- Die Wasserwacht zieht in den ehemaligen Raum „Bademeister Büro“
- Die Werkstatt kommt in den ehemaligen Raum der Wasserwacht
- Der ehemalige Raum der Werkstatt wird als Sammelumkleide und barrierefreie Umkleide umgenutzt, weiter Umbauarbeiten sind hierfür notwendig
- Der ehemalige Kassenraum sowie der Flur des ehemaligen Eingangs wird Lagerfläche der Gastro, da das ehemalige Lager der Gastro aufgeteilt wird und hier eine Dusche und WC für Bad-Personal (Bademeister, FAB etc. entsteht)

Zutrittskontrolle, Kassensystem

Es kommt ein Serviceterminal in Kombination eines Bargeldautomat (POS-Bargeldrecycler) zur Ausführung. Eine zusätzliche Leerverrohrung ermöglicht eventuell notwendige Erweiterungen wie z. B. einen Nachzahlautomaten oder ein weiteres Serviceterminal. Die Zutrittskontrolle erfolgt über eine Sensorschleuse in 2-facher Ausführung, die Durchgangsbreite der Schleusen liegt bei ca. 800 mm und ist somit für Fußgänger, Kinderwagen und Rollstuhlfahrer geeignet. Ergänzt wird die Anlage der Zutrittskontrolle mit eine in beide Richtungen öffnende Automatik-Drehtür welche, auch als Fluchtwegs Türe dient.

Außenanlagen

- Der auf der Nordseite angrenzende Maschendrahtzaun zum Fun Court wird um ca. 3 Meter versetzt, in diesem Zuge wird die Buchenhecke entfernt. An dieser neu gewonnenen Fläche (ca. 5,00 x 33,0 Meter) werden Fahrradständer installiert, der Untergrund der Fahrradstellfläche wird in einer versickerungsfähigen Ausführung erstellt
- Auf der Liegewiese werden 2 Stück Spiralkabinen errichtet
- Eine Mülltonnen Einhausung wird am Gelände errichtet
- Der Strandeingang soll um einen Edelstahlhandlauf erweitert werden, die technische Prüfung läuft derzeit
- Aufgrund der Umbauarbeiten des Bestandsgebäude und der neu geschaffenen Eingangssituation muss der Abwasserkanal, welcher sich auf der Nordseite des Geländes liegt, saniert werden. Die Abwasserleitungen im Gebäude werden derzeit gesichtet, ein Sanierungskonzept wird erstellt

Schadstoffentsorgung

Es liegt ein noch ungeprüfter Nachtrag zur Entsorgung Schadstoffen (Aushub Technikgebäude) in Höhe von ca. 90.000 € netto vor, die Prüfung dieses Nachtrags läuft

Kostenstand

Kostenmehrungen:

Durch o.g. Maßnahmen ergeben sich folgende Mehrkosten:

- Bestandsgebäude ca. 99.700 € netto
- Außenanlagen und Becken ca. 75.000 € netto
- Schadstoffentsorgung ca. 90.000 € netto

Gesamtsumme: ca. 264.700 € netto

Kostenstand am 17.01.2025 ca. 7.019.300 € netto

Mehrkosten ca. 264.700 € netto

Gesamtprojektkosten ca. 7.284.000 € netto

Nach der Darstellung des Sachverhalts durch den 1. Bürgermeister folgte eine rege Diskussion im Stadtrat. Stadtrat Lechner gab Folgendes zu Protokoll:

„Ich bin grundsätzlich für die Renovierung des Bades und des Bestandsgebäudes, werde jedoch immer gegen die Beschlussvorlagen stimmen, da ich grundsätzlich mit einer Beheizung des Beckenwassers nicht einverstanden bin.“

Der Stadtrat ist sich einig, dass die Sanierung sowie die Umbauarbeiten am Bestandsgebäude notwendig sind, es soll jedoch weiter darauf geachtet werden, dass keine weiteren Baukosten verursacht werden, welche kein Bestandteil der derzeitigen Planung sind. Anschließend stellte der 1. Bürgermeister folgenden Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den aktuellen Kostenstand in Höhe von 7.284.000 € netto zur Kenntnis und ermächtigt den 1. Bürgermeister die vorgestellten Maßnahmen an den wirtschaftlichsten Bieter zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 19 / 2

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

**4. Grundschule Miesbach, Fenstertausch Ostseite:
Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Auftragsvergabe**

In der Grundschule Miesbach sollen die rund 50 Jahre alten Aluminiumfenster an der Ostseite ausgetauscht werden. Die neuen Fenster werden wieder aus Aluminium gefertigt und an das Design sowie die Ausführung der bereits im Jahr 2009 erneuerten Fenster angepasst. Im Zuge der Sanierung wird der vorhandene Stoff-Sonnenschutz in Abstimmung mit der Schulleitung ersatzlos demontiert. Zudem werden die bestehenden Rollläden vollständig erneuert, um eine einheitliche und funktionale Leistung für den Sonnenschutz und die Verdunkelung der Klassenräume zu gewährleisten. Da für den Fenstertausch an der Grundschule Miesbach bereits ein Gerüst erforderlich ist, bietet sich die Gelegenheit, gleichzeitig Malerarbeiten an der Fassade durchzuführen. Dies führt zu einer erheblichen Kosteneinsparung, da die Gerüststellung nur einmal erfolgen muss. Andernfalls würden für die Fassadenmalerei zu einem späteren Zeitpunkt erneut Kosten für den Auf- und Abbau eines Gerüsts anfallen. Durch die Bündelung der Maßnahmen lassen sich somit sowohl Zeit als auch finanzielle Mittel effizient nutzen.

Die Kosten der oben genannten Arbeiten belaufen sich auf ca. 218.000 € brutto, die vorliegenden Angebote müssen aktualisiert werden. Zudem wird vor Vergabe der Aufträge eine weitere Preisabfrage durchgeführt.

Nach der Darstellung des Sachverhalts durch den 1. Bürgermeister stellte der 1. Bürgermeister folgenden Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der vorzeitigen Ausgabeermächtigung sowie der Durchführung der Maßnahme, Fenstertausch, Gerüst- und Malerarbeiten zu. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die Bauleistungen an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

5. Antrag von Stadtratsmitglied Seemüller auf Beschlussfassung in Sachen "Wasserstreit mit der Landeshauptstadt München"; weiteres Vorgehen

Vorgeschichte

Bereits zur Januarsitzung hatte Stadtratsmitglied Seemüller einen Antrag zur Beschlussfassung in Sachen Wasserstreit Landeshauptstadt München gestellt (siehe Anlage). Der Erste Bürgermeister hat diesen Antrag nicht auf die Tagesordnung der Januarsitzung gesetzt, da er zunächst von der Rechtsaufsichtsbehörde folgende Fragen geklärt haben wollte:

- Muss nach vollumfänglicher Diskussion im Stadtrat in der vorangegangenen Sitzung über einen Tagesordnungspunkt auf Antrag eines Stadtratsmitgliedes erneut beraten werden, obwohl keine neuen Tatsachen oder Erkenntnisse in der Sache eingetreten sind?
- Der mit dem Antrag verbundene Beschlussvorschlag wurde durch ein Schreiben vom 10.01.2025 des Ersten Bürgermeisters an den Oberbürgermeister bereits inhaltlich umgesetzt, so dass auch hieraus sich keine neuen Tatsachen ergeben.
- Kann der Stadtrat per Beschluss dem Ersten Bürgermeister vorschreiben, welche Personen er bei einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt hinzuzieht, oder handelt es sich hierbei nicht vielmehr um eine innerorganisatorische Entscheidung des Ersten Bürgermeisters, welcher diese in ausschließlich eigener Zuständigkeit zu treffen hat, so dass der Beschlussvorschlag inhaltlich nicht zulässig ist?

Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde

Die Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde vom 29.01.2025 per E-Mail liegt als Anlage bei, kurz zusammengefasst werden die Fragen wie folgt beantwortet:

- Selbst wenn keine neuen Tatsachen oder Erkenntnisse hinzugetreten sein sollten, ergibt sich daraus keine Unzulässigkeit des Antrags, da in der Sitzung am 19.12.2024 in der Sache kein Beschluss gefasst wurde.
- Der erste Bürgermeister vertritt die Stadt nach außen. Dieses Recht kann nicht durch einen Stadtratsbeschluss beschnitten werden.
- Im Hinblick auf die Teilnahme der Fraktionsführer an Gesprächen ist maßgeblich, welche konkrete Rolle diesen zukommen soll. Sofern diese lediglich passiv teilnehmen, wird darin noch nicht ein unzulässiges Antasten des Vertretungsrechts gesehen werden können. Dagegen wäre es unzulässig, wenn die Fraktionsführer über ein einfaches Fragerecht hinaus, Fragen für die Stadt beantworten und Erklärungen für die Stadt abgeben, da damit die Organkompetenz des ersten Bürgermeisters angetastet wird.
- Es wird allerdings zu bedenken gegeben, ob die Teilnahme der Fraktionsführer an einem persönlichen Gespräch zwischen der Stadt Miesbach und der Landeshauptstadt München im Hinblick auf die Anzahl der Gesprächsteilnehmer auf Seiten der Stadt Miesbach ergebnisorientiert und zweckdienlich erscheint.

Bedeutung der sog. behaupteten Altrechte

Zentrales Element seit Jahrzehnten im Wasserstreit mit der Landeshauptstadt München sind die sog. behaupteten Altrechte, die es den Stadtwerken ermöglichen, weitestgehend uneingeschränkt, unwiderruflich und unbefristet Wasser im Mangfalltal zu entnehmen, ohne dass es zu dieser Wasserentnahme jemals ein rechtsstaatliches Verfahren nach heutigen juristischen und umweltpolitischen Gesichtspunkten und Berücksichtigung der Belange betroffener Kommunen und Grundeigentümer gegeben hätte. Die behaupteten Altrechte sind zentraler Grund für die mangelnde Akzeptanz der geplanten Schutzgebietsausweisung und von Bedeutung im Zusammenhang mit der möglichen Liberalisierung und Kapitalisierung des Wassermarktes.

Seit mehr als 20 Jahren ist daher das gemeinsame Bemühen der betroffenen Gemeinden, der Verbände und des Landratsamtes, diese behaupteten Altrechte einer gerichtlichen Überprüfung zuzuführen, was nun aufgrund neuerer Erkenntnisse erstmalig gelungen zu sein scheint. Es wäre kaum vermittelbar, wenn ausgerechnet die Stadt Miesbach als Hauptbetroffener jetzt aus dieser Allianz ausscheiden würde, zumal die gerichtliche Überprüfung bereits im Gange ist, weshalb eine Verhandlung über die Altrechte der Stadt Miesbach weder zusteht, noch zielführend ist.

Hinzu kommt, dass die Verhandlungen über die Ausdehnung und die Inhalte des geplanten Schutzgebietes weitestgehend ausgereizt und die Ergebnisse überschaubar sind. Wenn aber das Schutzgebiet wie gegenwärtig geplant in Kraft tritt, wäre die Entwicklungsmöglichkeit der Stadt Miesbach auf Dauer ganz erheblich eingeschränkt. Einzig realistische Chance, dieses fatale Ergebnis eventuell noch zu verhindern, wäre der Wegfall der Altrechte, denn dann müssten neue Rechte beantragt werden, deren Ausgestaltung nach Durchlaufen eines modernen rechtsstaatlichen Verfahren erheblich vom Umfang der Altrechte abweichen dürften und eine entsprechende Anpassung der Ausdehnung und der Inhalte des geplanten Schutzgebietes nach sich ziehen würde. Dies wäre aber nur möglich, wenn das Schutzgebietsverfahren auch, wie mittels der erfolgreichen Petition beantragt, bis zur Entscheidung über die Altrechte bzw. die Erteilung neuer Rechte ausgesetzt wird.

Weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister wird, wie bereits in den Januarsitzung angekündigt, vor Gesprächen mit dem Oberbürgermeister, die Vertreter der Fraktionen zu einem Gespräch einladen und gemeinsam über das weitere Vorgehen beraten. Zu weiteren „konfrontativen Agitationen“ mit der Landeshauptstadt bzw. dem Oberbürgermeister ist es weder von der einen noch von der anderen Seite gekommen.

Der Erste Bürgermeister erklärt in der Sitzung, dass nach der angenommenen Petition der Münchner OB in einer Stadtratssitzung etwas schärfere Töne angeschlagen hatte und er daraufhin entsprechend hart reagiert habe, dass aber, wie in der Januar-Sitzung bereits dargestellt, mittlerweile versöhnlichere Töne angeschlagen werden und er dem OB hinsichtlich eines Gesprächsangebots geschrieben habe. Den vorliegenden Antrag von Stadtratsmitglied Seemüller hat er bewusst nicht auf die Tagesordnung der Januar-Sitzung gesetzt, da er ihn für teilweise erledigt und teilweise unzulässig gehalten habe, unter Unvorhergesehenes wurde dann im Januar dennoch bzgl. der Thematik diskutiert.

Stadtratsmitglied Seemüller erläutert seinen Antrag:

- Schade, dass Antrag aufgrund Formalien nicht behandelt werden sollte, was aber abschließend dann nicht gelungen ist
- Bürgermeister hatte in der Januar-Sitzung über neue Erkenntnisse berichtet, den Antrag aber nicht behandelt, da es keine Neuigkeiten gäbe
- Konstruktiver Dialog sei wichtig
- Es gäbe Landwirte, die aktuell nicht in der Schutzzone von 1964 liegen, die investieren wollten, aber im Vorgriff auf die geplante Erweiterung mit wasserspezifischen Auflagen rechnen müssten, für die sie aber gegenwärtig, weil sie (noch) nicht im Wasserschutzgebiet liegen, keine Zuschüsse bekommen könnten
- Gespräche seien notwendig auch um Rechtssicherheit zu bekommen
- Kooperation sei wichtig, Ökomodellregion möchte mit Produkten in Münchner Kantinen
- Müller am Baum, sinnvoll wäre ein Gewerbepark, dazu bräuchte man einen starken Partner im Dialog
- Es gab bereits Gespräche zur Kooperation und Angebote der Stadt München, die leider nicht umgesetzt wurden

- Der Stadtrat erfährt aus der Zeitung, dass der Erste Bürgermeister an der Spitze einer Initiative steht und das ohne demokratische Legitimation aus dem Gremium
- Beim Neujahrsempfang wurde von illegaler Wasserentnahme gesprochen, dies sei in einem schwebenden Verfahren juristisch falsch und destruktiv
- Kündigt Abänderung seines beantragten Beschlussvorschlags an

Ursprünglicher Beschlussvorschlag laut Antrag:

Der Stadtrat beschließt, dass von Seiten der Stadt Miesbach bis auf weiteres keine konfrontativen Agitationen mehr (unabhängig davon, wer damit angefangen hat) gegenüber der Stadt München und seinen Institutionen vorgenommen werden. Vielmehr wird die Kooperation gesucht. Insbesondere sind Synergien zur Stärkung der Miesbacher Wirtschaft zu suchen. Der Stadtrat ist hinsichtlich der weiteren Aktivitäten des Bürgermeisters im sog. „Wasserstreit“ im Vorfeld ordnungsgemäß einzubinden.

Der Erste Bürgermeister erwidert:

- Neue Erkenntnisse wurden dem Stadtrat in der Januar-Sitzung mit dem Einspieler direkt mitgeteilt: es waren die Worte des Oberbürgermeisters – er kündigte einen Besuch in Miesbach an
- Stadtratsmitglied Seemüller solle bitte unterlassen, ihn falsch zu zitieren, denn er habe gesagt, wenn die Altrechte nicht existieren, wovon er ausgehe, dann sei die Wasserentnahme illegal – Seemüller kontert, er habe das Zitat der Zeitung entnommen!
- OB wird zu einem Gespräch zum Landrat kommen, aber nur einmal nach Miesbach fahren, ob es in diesem Zuge ein Gespräch mit dem Bürgermeister geben wird, steht noch nicht fest
- Fraktionssprecher werden entsprechend informiert
- Ein Gespräch mit der neuen Betriebsleitung der Wasserversorgung der Stadtwerke verlief angenehm und konstruktiv
- Kosten im Zusammenhang mit dem Wasserstreit wurden in nicht-öffentlicher Sitzung freigegeben.

Stadtratsmitglied Güldner erläutert, sie könne dem Beschlussvorschlag des Antragstellers zustimmen, nicht dem des Bürgermeisters. Die Petition und die weiteren Aktionen in dieser Sache hätten erhebliche rechtliche Auswirkungen auf die Position der Stadt und sind mit enormen Kosten verbunden. Der Bürgermeister könne so nicht ohne Legitimation durch den Stadtrat agieren.

Mehrere Stadtratsmitglieder kritisierten die Eskalation und die Wortwahl sowie die mangelnde Einbindung des Stadtrats. Stadtratsmitglied Fertl weist allerdings darauf hin, dass nicht die Stadtwerke der richtige Ansprechpartner in Sachen Schutzgebiet seien, sondern die Vorgaben vom LfU kommen.

Beschluss 1:

Geänderter Beschlussvorschlag Antragsteller:

Der Stadtrat beschließt, dass von Seiten der Stadt Miesbach bis auf weiteres keine konfrontativen Agitationen mehr (unabhängig davon, wer damit angefangen hat) gegenüber der Stadt München und seinen Institutionen vorgenommen werden. Vielmehr wird die Kooperation gesucht. Insbesondere sind Synergien zur Stärkung der Miesbacher Wirtschaft zu suchen. Der Stadtrat ist hinsichtlich der weiteren Aktivitäten des Bürgermeisters im sog. „Wasserstreit“ im Vorfeld ordnungsgemäß einzubinden.

Abstimmungsergebnis: 8 / 13

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

Beschluss 2:

Alternativvorschlag Bürgermeister:

Der Stadtrat stellt fest, dass der zentrale Punkt aus dem Antrag Seemüller bereits umgesetzt ist, in dem der Erste Bürgermeister dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München Gespräche angeboten hat. Der Stadtrat beauftragt den Ersten Bürgermeister, weiterhin die Interessen der Stadt Miesbach und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Das Recht des Ersten Bürgermeisters zur Vertretung der Stadt nach außen kann jedenfalls durch einen Stadtratsbeschluss nicht angetastet werden.

Abstimmungsergebnis: 14 / 7

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

6. Vollzug des Bayer. Feuerwehrgesetzes; Wahl des Kommandanten und des Kommandanten-Stellvertreters bei der Freiwilligen Feuerwehr Miesbach; Bestätigung durch den Stadtrat

Im Rahmen der jährlichen Dienstversammlung erfolgte am 25.01.2025 die Neuwahl des Kommandanten und des Kommandanten-Stellvertreters der Freiwilligen Feuerwehr Miesbach.

Zum 1. Kommandanten wurde,

Herr Matthias Resch, wohnhaft in Miesbach, gewählt.

Zum Kommandanten-Stellvertreter wurde,

Herr Felix Kößler, wohnhaft in Miesbach, gewählt.

Der Kreisbrandrat hat gegen die Wahl der beiden o.g. Personen keine Einwendungen erhoben.

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt gem. Art. 8 Abs. 4 BayFwG die Wahl des Kommandanten Matthias Resch und die Wahl des Kommandanten-Stellvertreters Felix Kößler.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

7. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates

25.05.2022 Abtretung eines Grundstücksstreifens aus dem Straßengrund der Münchner Straße an den Landkreis im Zuge der Planungen für den Neubau des Landratsamtes; Festlegung der Konditionen, Ermächtigung des Ersten Bürgermeisters

Der Stadtrat ermächtigt den Ersten Bürgermeister zu Grundabtretungsverhandlungen mit dem Landkreis bzgl. der betreffenden Fläche und einem Vertragsschluss, wobei mindestens ein Quadratmeterpreis von 300,00 € zu erzielen ist. Die Baufreimachung der Fläche, die Wiederherstellung und Anpassung der Entwässerung, Beleuchtung und evtl. Spartenverlegungen sowie die Entsorgung von belasteten Böden und Materialien und die Begleichung der Nebenkosten obliegt dem Landkreis und ist notariell zu fixieren. Gegenstand der Verhandlungen soll zudem die Nichtbeteiligung der Stadt an den Kosten des Umbaus der Riezlerstraße sein, sowie die Anlegung von Schrägparkerstellplätze anstelle der geplanten Längsparker in der Riezlerstraße. Der Verhandlungseinstieg erfolgt bei 500,00 € pro Quadratmeter.

28.07.2022 Baulandentwicklung im Bereich Kreuzberg auf Flurnr. 400 Gem. Miesbach; Sachstandsmitteilung, weiteres Vorgehen

Der Stadtrat beschließt, dass weiterhin Interesse an einer Entwicklung des Areals südöstlicher Kreuzberg für Wohnbebauung besteht. Bezüglich der Intensität und des städtebaulichen Konzepts einer möglichen Bebauung möchte sich der Stadtrat zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht festlegen und stellt daher die Beantragung einer Herausnahme aus dem Landschaftsschutzgebiet auf Basis der vorliegenden Unterlagen zurück. Der Stadtentwicklungsausschuss wird beauftragt, unter Zuhilfenahme externer Beratung, dem Stadtrat ein Bauungskonzept für das Areal vorzuschlagen, die Eigentümer sind in geeigneter Weise einzubinden.

22.02.2024 Bestehender Kaufvertrag Grundstück „Wallenburger Straße 2“, Vertrags-konditionen, weiteres Vorgehen

Der Stadtrat stimmt einer Fristverlängerung nicht zu. Somit gilt der geschlossene Vertrag.

22.02.2024 Genehmigung der Annahme von Spenden und Zuwendungen Dritter

Der Stadtrat genehmigt die Entgegennahme der Geld- und Sachspenden sowie Zuwendungen gemäß der Zuwendungsliste Nr. 01/2024 mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 4.000,00 €. Die Zuwendungsliste liegt dem Protokoll als Anlage bei.

21.03.2024 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung Fl.Nr.: 22 Gemarkung Miesbach

Der Stadtrat beschließt, ein Vorkaufsrecht gem. § 24 Abs.1 Nr.3 BauGB nicht auszuüben.

21.03.2024 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung Fl.Nr.: 259 Gemarkung Miesbach

Der Stadtrat beschließt, ein Vorkaufsrecht gem. § 24 Abs.1 Nr.3 BauGB nicht auszuüben.

21.03.2024 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung Fl.Nr.: 262 Gemarkung Miesbach

Der Stadtrat beschließt, ein Vorkaufsrecht gem. § 24 Abs.1 Nr.3 BauGB nicht auszuüben.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

8. Unvorhergesehenes**8.1. Unvorhergesehenes - Müllcontainer**

Stadträtin Jooß merkt an, dass die Vorgehensweise zwischen Vivo und der Stadt Miesbach, wie in der Bekanntgabe dazu beschrieben, schlüssig ist. Trotzdem stellen viele Personen ihre Abfälle vor den Container ab bzw. auch Müll, der nicht dort hingehört. Man könne einen Appell an die Bürger richten, auch wenn der Erfolg fraglich ist.

Stadtrat Fertl merkt dazu an, dass man eventuell einen zusätzlichen Container an den Standorten aufstellen könne, an denen es möglich ist. Dazu könne man die Abfuhrzeiten auf 5 oder 6 Tage verkürzen.

Stadtrat Seemüller gibt an, dass in anderen Landkreisen kleinere Mengen an Sperrmüll kostenfrei abgegeben werden können. Man solle prüfen lassen, ob dies auch für den Landkreis Miesbach möglich wäre.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

8.2. Unvorhergesehenes - Gehweg Gymnasiumturnhalle

Stadtrat Seemüller möchte wissen, warum der Weg zur Gymnasiumturnhalle noch nicht freigegeben ist, obwohl die Halle nun leer ist.

Der 1. Bürgermeister sagt zu, dass dies im Nachgang beantwortet werde.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

8.3. Unvorhergesehenes - Grundschule Miesbach

Stadtrat Seemüller regt an, ob man die Fassade der Grundschule Miesbach streichen oder eine PV-Anlage installieren könne, solange das Gerüst, das im Sommer aufgestellt wird, stehe. Man könnte an dieser Stelle Kosten sparen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

8.4. Unvorhergesehenes - Tontechnikerhäuschen Waitzinger-Park

Stadtrat Seemüller merkt an, dass im Artikel des Miesbacher Merkur angegeben ist, dass das Tontechnikerhäuschen im Waitzinger-Park laut Aussage der Stadt Miesbach ein Schwarzbau sei.

Da sich das Häuschen in der Vergangenheit hoher Nutzung erfreut hat, möchte er anregen, es nachträglich zu legalisieren.

Der 1. Bürgermeister sichert zu, dies prüfen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: van Walbeek, Burger, Schmid, Brunner

Ende der Sitzung

gez. Dr. Gerhard Braunmiller
1. Bürgermeister